

FDP | 05.04.2017 - 16:15

Bargeldobergrenzen sind Eingriff in die Freiheit



Bargeld abschaffen oder einschränken? Die 40 Wissenschaftler im Beirat des Bundeswirtschaftsministerium kommen zum Ergebnis: Bargeld muss bleiben. Bürger haben ein Recht auch auf anonyme Zahlungen, auch hoher Beträge wie zum Beispiel beim Kauf eines Gebrauchtwagens. Damit richtet sich der Beirat auch gegen eine Bargeldobergrenze, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble sie gern hätte. Die treffen vor allem normale Bürger und normale Geschäfte, aber keine Kriminellen, lehnt auch FDP-Finanzpolitiker Volker Wissing den CDU-Vorschlag ab.

"Sie sind ein unnötiger und unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheit und Privatsphäre der Bürger", kanzelt er den Finanzminister ab. Wieder einmal diene die Verbrechensbekämpfung als Vorwand, die Freiheit und Privatsphäre der Bürger weiter einzuschränken. Wissing bezweifelt, dass mit Obergrenzen Kriminalität bekämpft werden kann. "Verbrecher könnte die Auflagen ohne größere Probleme umgehen", verweist er darauf, dass es in Ländern mit einer Bargeld-Obergrenze nicht weniger Kriminalität gibt.

Von [#Schäuble](#) [1], [#CDU](#) [2] geforderte "Bargeldobergrenzen" treffen normale Bürger, aber nicht Kriminelle... <https://t.co/bEJGWuZVvZ> [3] via [@faznet](#) [4]

— Volker Wissing (@Wissing) [5. April 2017](#) [5]

Links

[1] <https://twitter.com/hashtag/Sch%C3%A4uble?src=hash> [2] <https://twitter.com/hashtag/CDU?src=hash>
[3] <https://t.co/bEJGWuZVvZ> [4] <https://twitter.com/faznet> [5]
<https://twitter.com/Wissing/status/849521199277379585>